

## Dringlichkeitsantrag

gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Dringlichkeit ja  
An Mirnig

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge nachstehende Resolution  
diskutieren und beschließen:

## Resolution

gerichtet an

den Kärntner Landtag, den Nationalrat, den für Landwirtschaft zuständigen Bundesminister für Nachhaltigkeit und Tourismus und an die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament

### **Gerechte Förderpolitik und Produktions- und Handelsbedingungen für Bauern**

Der „Grüne Bericht“ 2018 zeichnet eine dramatische Situation für den (Kärntner) Bauernstand. Die Situation hat sich 2019 noch weiter verschlechtert. Die Fraktion der SPÖ Bauern haben in der Landwirtschaftskammer einen Antrag an die Vollversammlung eingebracht. Gemeinsam mit anderen Fraktionen ist man sich einig, dass der „Grüne Bericht“ die Situation noch beschönigt.

Die Möglichkeiten für direkte Hilfestellungen durch die Landwirtschaftskammer sind begrenzt. Der Landtag, die Landesregierung, die Bundesregierung, der Nationalrat und die österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament sind gefordert, gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Die wichtigen Forderungen um das Überleben der Bauern zu sichern:

### **Gerechte Förderpolitik**

1. Die EU-Förderungen sind ein Ausgleich für die Schlechterstellung der österreichischen Bauern durch den EU-Beitritt. Es darf daher **keine Kürzung des Fördervolumens** geben.
2. Grundförderung aller aktiven Betriebe in Form einer **Sockelförderung für die ersten Hektar**.
3. **Schwerpunktförderung für alle landwirtschaftlichen Arbeitsplätze – einschließlich der Betriebsführer.**
4. Keine Industrieförderung mit Landwirtschaftsmitteln – **Bauernförderung nur für Bauern.**
5. **Kostenwahrheit in der Agrarbürokratie** - Bürokratiemonster nicht mit Landwirtschaftsförderungen füttern.
6. Einführung einer wirksamen **Unterstützungsmaßnahme für die Mutterkuhhaltung**

### **Gerechte Produktions- & Handelsbedingungen**

1. **Klimazölle** zum Schutz von Landschaft und Landwirtschaft – weg mit dem Deckmantel der Handelsfreiheit für die unfaire Konkurrenz der Klimasünder.
2. Durchsetzung strengster Herkunftsbezeichnungen auch für verarbeitete Produkte und Speisekarten von Gemeinschaftsküchen – **Schluss mit dem Etikettenschwindel auf dem Rücken der Bauern zum Schaden der Konsumenten.**
3. **Abbau der AMA-Schikanen**, Vereinfachung der Bürokratie, Entrümpelung der Vorschriften.
4. Steuerstruktur bereinigen, **Betriebsmittel nicht durch Steuerlast verteuern.**
5. **Kartellrecht umsetzen**, um Handelsketten in die Schranken zu weisen.

### **Gerechter Zukunftsanteil**

1. **Neue Erwerbsquellen fördern** – wie etwa „Bauer als Energiewirt“ – fossile Energieträger zurückdrängen.
2. **Eiweißversorgung aus heimischer Landwirtschaft** – Gentechnikimporte verhindern.
3. **Kostenwahrheit in der Tourismuswirtschaft** – Bäuerliche Leistungen und Inanspruchnahme bäuerlichen Besitzes fair abgelten.
4. **Unterstützung bei der Bewältigung des Klimawandels** – die Bauern dürfen nicht mehr alleine ausbaden, was die Industrie angerichtet hat.
5. Berücksichtigung der Bauern im **Umbau der Steuerstruktur** – Steuerreformen endlich auch für die ländliche Bevölkerung.

Es wird daher der

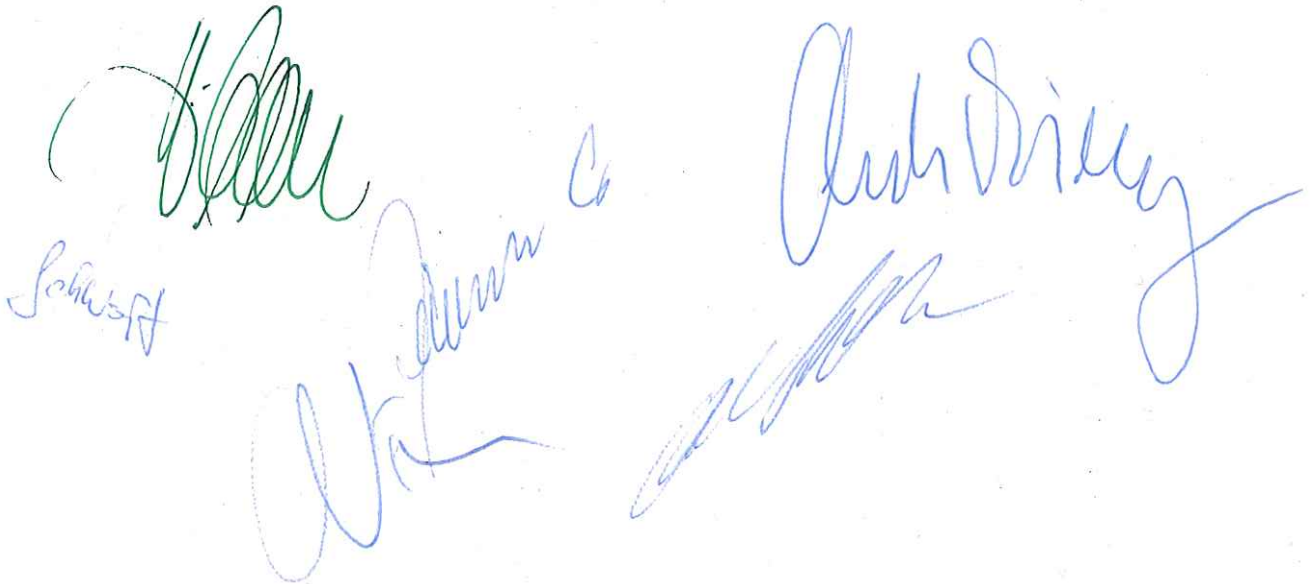
### Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen.
2. Die Stadt Villach richtet an den Kärntner Landtag, den Nationalrat, den für Landwirtschaft zuständigen Bundesminister für Nachhaltigkeit und Tourismus und an die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament folgende

### Resolution

Um das Überleben der heimischen Landwirtschaft und unserer Bauern zu sichern, sollen alle möglichen Maßnahmen national sowie international gesetzt werden, um die in der Resolution geforderten Punkte gesetzlich zu verankern bzw. durchzusetzen.

  
Schmitt  
Karl Dörner